

Rossana Rossanda Zuviele Linke, aber keine Linke für Europa*

1. Hat Europa, das nach den Wahlen zum Parlament von Straßburg vom 7. und 10. Juni nun Gestalt annimmt, für die Linke einen Nutzen? In Italien antworten alle mit ja. Die sozialistische Partei verspricht sich davon große Ergebnisse, die kommunistische Partei ist zu einer glühenden Verfechterin der europäischen Idee geworden, ganz im Gegensatz zu ihrer französischen Schwesterpartei. Sogar die Neue Linke, um nicht von den Radikalen, den Ökologen und den anderen, politischen Druck ausübenden Bewegungen zu sprechen, hat ihr Interesse erklärt. Unter den Neun ist Italien das Land, das die klarste politische Aussage zugunsten dieses Europa getroffen hat.

Für die Linke ist dies eine Wende, die erst in der jüngsten Zeit vollzogen wurde. Während des Kalten Krieges sind die Idee eines vereinten Europa und dessen erste Institutionen mit Entschiedenheit bekämpft worden; von seiten der Kommunisten mit den Argumenten der UdSSR dagegen, von seiten der Sozialisten mit einer furchtsamen und letztendlich überhaupt nicht realisierbaren Idee von einem neutralen Europa. Doch ist das Ende des Kalten Krieges nicht der einzige Grund, der den Wechsel in der Einschätzung begründen könnte. Er folgt mehr oder weniger aus der Übernahme jener Rolle, die von Präsident Nixon in seiner Rede von 1971 in Kansas City Europa zugedacht wurde. Die Vereinigten Staaten hatten in Vietnam verloren und waren dadurch gezwungen, ihre Strategie in der internationalen Politik zu verändern; sie ließen sie dem freien Spiel ihrer ökonomischen Macht einfach folgen. Mit den heftigen Weltwährungskrisen als Konsequenz der Ablösung des Dollar vom ‚Goldstandard‘ und mit der nachfolgenden Abwertung des Dollar im August 1971 kündigte sich die Weltwirtschaftskrise an. Europa und Japan entwickeln eigene Interessen, die mit dem amerikanischen Interesse nicht mehr konvergieren. Die Welt hat neue Machtzentren erhalten. Europa ist zur „fünften Macht“ infolge seiner Eigenschaft als hochintegrierte Ökonomie von nationalen Staaten, wegen seines politischen Prestiges, aber auch wegen seiner geopolitischen Lage (auf die hinzuweisen heute modern ist) geworden.

Und da es zur Besonderheit dieses Europa gehört, die stärkste Arbeiterbewegung zu besitzen, die stärksten sozialistischen und kommunistischen Parteien des Westens aufzuweisen, die Gewerkschaften mit dem allerbesten Ruf, die am weitesten unter den Massen verbreitete politische Kultur, hat sich die Frage immer mehr

* Mit freundlicher Genehmigung übernommen aus:
Problemi del Socialismo, 20. Jhrg. 1979, Januar-März 1979
Übersetzung: Elmar Altvater (alle Anmerkungen: E. A.)

aufgedrängt, ob nicht die Linke in dieser „fünften Macht“ eine eigene anspruchsvolle politische Perspektive haben müßte. Dabei geht es nicht nur um die Position innerhalb der internationalen Politik, die die Neun (wobei noch nicht die drei weiteren Länder berücksichtigt sind, die an die Tür Europas klopfen, nämlich Spanien, Griechenland und Portugal) unter den Supermächten und zwischen ihnen einnehmen könnten, sondern um die Errichtung eines staatlichen und ökonomischen Modells, das demokratisch und fortschrittlich ist, das zum Vermittler zu den Ländern der Dritten Welt und den neuen unabhängigen Ländern werden könnte. Denen könnte es dadurch ermöglicht werden, den politischen Beschränkungen und diversen internationalen Verträgen, Abmachungen und Abhängigkeiten (ökonomisch und politisch-strategisch) vom Imperialismus zu entgehen. Kurzum: ein kapitalistisches Europa, in dem man bereits Prozesse des Übergangs beobachtet (weil – wie das Herz – auch das Straßburger Parlament „links ist“); befreit aus den einengenden Bindungen an die Supermächte dieser Welt, aber doch klugerweise mit den einen und mit den anderen den politischen Dialog führend.

Dies also wäre das Bild eines Europa, wo man den „dritten Weg“ ausprobieren kann. Dies ist die Stoßrichtung, die – natürlich mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – die italienische Linke mit Blick auf Straßburg im großen ganzen zu sehen meint. Hat sie damit recht? Ich glaube nicht. Hat demgegenüber die französische kommunistische Partei recht, die bis vor kurzer Zeit gezögert und sogar mit dem Gedanken des Boykotts des neuen Parlaments gespielt hat, und in deren Organisation die Stimmen des Protestes sich im Namen der Interessen Frankreichs, die von den Herren der Europäischen Gemeinschaft geschädigt würden, erhoben haben? Ich glaube, daß auch diese Einschätzung falsch ist, und dies nicht nur deshalb, weil auch Frankreich einer der Herren der Europäischen Gemeinschaft ist, also zu den ‚patrons‘ gehört, wie sie Marchais bezeichnet. Dieses Europa, das sich heute gebildet hat und sich mit dem in geheimer und direkter Wahl gewählten Parlament den entsprechenden Überbau gibt, ist ein gesellschaftliches, ökonomisches und politisches Gebilde, das die Linke nicht vorausgesehen hatte und hinter dem sie mit ihren traditionellen Formen politisch zurückgeblieben ist und organisatorisch ohne adäquate Waffen dasteht. Gerade jener Teil der Linken, der behauptet, in seiner politischen Praxis auf den Übergang oder auf eine alternative Gesellschaft hinzuzielen, ist in bezug auf seine Macht, die er in einigen Schlüsseländern Westeuropas innehält, brutal zum Zurückstecken gezwungen worden. Vom europäischen Standpunkt erscheint die Krise der Linken weiter fortgeschritten als von irgendeinem anderen Gesichtspunkt her betrachtet.

2. Um nichts zu beschönigen: Unsere Analyse ist immer den Ereignissen hinterhergelaufen. Die italienische und französische Arbeiterbewegung, von der englischen ganz zu schweigen, die noch abwehrender gewesen ist, haben sich schroff auf die Seite der Gegner des werdenden Europa geschlagen. Sie sahen darin lediglich ein Moment kapitalistischer Restrukturierung, der Verarmung und des Raubes, ein groß angelegtes Manöver gegen die Arbeiterklasse, eine Frucht des Kalten Krieges, ganz

ähnlich wie der Marshall-Plan als reine Kolonisierungsmaßnahme eingesetzt worden ist. Ebenso haben die Arbeiter den Stapellauf der Montanunion im Jahre 1951 als eine Katastrophe betrachtet, gegen die sie heftig protestierten. Und im Jahre 1952 ging man in Paris, in Mailand und in Rom gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu den letzten großen Protestmärschen auf die Straße. Danach hörten die Auseinandersetzungen keineswegs auf. Sie wurden, wenn auch mit gebrochenem Elan, gegen die Westeuropäische Union und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands, fortgesetzt, und schließlich ging es mit schon geringerer Massenbeteiligung auch gegen die EWG und die Euratom. Wir sind jetzt schon über die erste Hälfte der 50er Jahre hinaus, Europa wurde eine der Fronten, an denen sich die Linke festlegen mußte, womit sich die sozialistischen Kräfte und die Gewerkschaften auseinandersetzen hatten.

Alle diese Kämpfe gingen verloren. Nicht eine der europäischen Initiativen, die man sich zur Zielscheibe auserkoren hatte, konnte blockiert werden, mit einer Ausnahme: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kam nicht zustande; jedoch nicht, weil die Massenproteste auf den Straßen dies erreicht hätten, sondern weil das französische Parlament unter der Regierung von Pierre Mendes-France im Jahre 1954 dagegen votierte. Die deutsche Wiederbewaffnung konnte sich in anderen Formen mehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollziehen. Aber wenn es auch gegenwärtig schwierig ist, in dieser Hinsicht eine umfassende historische Einschätzung abzugeben, so kann man doch sagen, daß alle diese Kämpfe potentiell dazu beigetragen haben, die andere Seite der „atlantischen“ Wiedererstarkung Europas zu bestimmen, die schon im Marshall-Plan und dann im Gemeinsamen Markt enthalten gewesen ist. Im Wesen also eine durch und durch kapitalistische Konstruktion, ganz und gar von den Patrons, also den Arbeitgebern, angeführt, wie Georges Marchais beobachtet und es immer wieder laut sagt. Aber immerhin auch Resultat einer amerikanischen perspektivischen Wahl, die sich von der einfachen Eroberung eines Marktes, den man sozusagen einsacken könnte, doch unterscheidet. Nach dem Krieg stellten die Vereinigten Staaten Europa wieder auf die Füße und machten es zu ihrem Verhandlungspartner: Um verhandeln zu können, mußte man denn auch in gewissen Grenzen auf den eigenen Beinen stehen können. Die USA ermutigten so ein System integrierter Wirtschaften, sei es durch politische Handlungen, sei es durch direkte und multinationale ökonomische Interventionen, sei es durch eine umsichtige Einschätzung im Hinblick auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung. Der Zweck dieser Aktion war die Herstellung von Machtbeziehungen mit dem Ostblock und von internen Gleichgewichtsbedingungen in jedem einzelnen europäischen Staat. So unterstützte das amerikanische Imperium in Europa einen Mechanismus, der sowohl von ihm abhängig war als auch teilweise nicht kontrollierbar blieb. Es entstand ein Subimperialismus mit spezifischen Eigenschaften unter deutscher Führung. Dies ist ein besonderer Fall, denn Westdeutschland ist auf ökonomischem Gebiet außerordentlich stark, aber nicht so sehr auf dem politischen und militärischen Sektor.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung sind die Kämpfe der Linken und ihr politisches Gewicht in einem gewissen Sinne „kapitalisiert“ worden. Dies ge-

schiebt durch eine politische Formierung, die in der Geschichte Europas ihresgleichen nicht findet: durch ein System (begrenzter) wirtschaftlicher und (begrenzter) institutionell-politischer Integration zwischen Staaten mit stark nationalem, historischen Charakter. Es ist allerdings eine Tatsache, daß die Linken dies nicht bemerkt haben; sie haben die Nachkriegsrekonstruktion lediglich als brutalen Prozeß der Restrukturierung interpretiert: sie sahen die Einschnitte, aber die Entwicklungsperspektive blieb ihnen verborgen. Jene Undurchschaubarkeit der wirtschaftlichen Veränderungen auf nationaler Ebene, denen die Arbeitskraft ausgeliefert ist, wird zu einem „Sumpf in der Finsternis“, wenn die Entscheidungen und ihre Beweggründe übernational sind. Im Jahre 1979 leben und kämpfen die infolge der Stahlkrise 20 000 Entlassenen in Lothringen und im Norden Frankreichs nicht anders als im Jahre 1949. Die Entscheidungen laufen auf eine Verlagerung eines bedeutenden Teils der Stahlproduktion von Europa zu den Ländern der Dritten Welt hinaus. Dahinter steht die Neufestsetzung des Stahlverbrauchs in Europa, der infolge der Politik in der Rezession und infolge ihrer Wirkungen vor allem im Hinblick auf die Einschränkung des Wohnungsbaus niedriger als in der Vergangenheit sein soll. Im übrigen ist auch die politische Analogie gleichsam erhellend: Nach 1949 haben wir den Bruch der antifaschistischen Einheit. Nach der Beschneidung der französischen Stahlindustrie heute haben wir die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen des vergangenen Jahres.

Und doch wird mit entsprechendem zeitlichen Abstand das offensichtliche Paradox einsichtig, aufgrund dessen die europäische Arbeiterbewegung, die sich verzweifelt an allen möglichen Teilfronten geschlagen hat, ohne eine genaue Aufarbeitung der Strategie des Kapitals zwar immer verliert, aber auch immer wieder ein neues Kräfteverhältnis bestimmt. Dieses übt auf sie selbst Einfluß aus, und zwar nicht allein in Bezug auf die Zeithorizonte, sondern auch in Bezug auf die Qualität der Wahl ihrer Perspektiven. Weil die Arbeiterbewegung subjektiv wächst, bildet sie sich als politisches Subjekt (die starken Linksparteien und der große Schritt vorwärts bei den Wahlen in Lateineuropa) und als Verhandlungspartner heraus (die großen Gewerkschaften, der größere Anteil des Lohns am gesellschaftlichen Mehrprodukt, Arbeitsplätze, indirekte Löhne). So haben wir beides nebeneinander, auf der einen Seite die produktive Expansion integrierter Kapitale mit einer rigiden internationalen Arbeitsteilung und auf der anderen Seite ein Wachstum der Linken ohne Beispiel. In der ersten Hälfte der 50er Jahre machen sich diese beiden Momente den Rang streitig beim Scheitern der reformistischen Versuche auf nationaler Ebene. Die Pläne zur Programmierung der Wirtschaft zum Beispiel in Italien ecken tatsächlich auf der einen Seite mit der in der Gemeinschaft beschlossenen Verteilung der produktiven Investitionen, auf der anderen Seite mit der höheren Konfliktbereitschaft der Arbeiterklasse an. Und aus dem Scheitern des „Reformismus“ erwächst dann sozusagen im freien Fall auf der einen Seite das vorherrschende Bedürfnis der Linken, auf der andren der Verlust der integrativen Glaubwürdigkeit des Neokapitalismus. Beide Momente werden noch obendrein durch das Auftauchen einer neuen sozialen Zusammensetzung und daher von politischen Modellen der Arbeitskraft, die sich der Revolutionierung (unter zunächst nur quantitativen Gesichtspunkten)

des Bildungssystems verdankt, zur Entzündung gebracht. Die heftigen Klassenkonflikte am Ende der 60er Jahre – vor allem nach 1968 – sind Früchte dieser Prozesse, in denen die Ereignisse in der Welt (Vietnam und China) widerhallen und gleichzeitig als Multiplikatoren fungieren.

Aber gegen Ende des Jahrzehnts erfährt man auch, daß das schnelle Aufflakern des revolutionären Bedürfnisses nicht hinreicht, daß es in die gemäßigte Forderung nach einem bloßen „Regierungswechsel“ abgeleitet werden kann, wenn diese Forderungen den reformistischen Kräften anvertraut werden. Sie schleppen diese als Hoffnungen bis in die Mitte der 70er Jahre mit sich; Europa ist in dieser zweiten Phase des Wachstums der Linken im Zentrum, und tatsächlich wird in dieser Zeit alles das, was noch an faschistischen Überbleibseln in Spanien, Griechenland und Portugal vorhanden ist, hinweggespült. In dieser Phase kann man sich bis hin zum „Willen, die Regierung zu übernehmen“, aufblasen. So ist es nicht schwer wahrzunehmen, daß es der Linken an einem Übergangsprogramm hinsichtlich der Wirtschaft und der staatlich-politischen Institutionen fehlt, mit dem die Linken der einzelnen europäischen Länder die Macht antreten könnten. Dies zeigt sich allenthalben, sei es in Frankreich oder Spanien, wo die Wahlerfolge an eine Grenze stoßen, sei es bei der Niederlage der Linken im Verlauf der Regierungsbildung in Portugal und in verschiedenem, nicht vergleichbarem Maß, in Italien. Dieses Europa, das im Jahre 1979 seine institutionelle Absicherung sucht, hat gleicherweise die Geschichte der enormen Kampffähigkeit der Linken und die Geschichte ihrer Unfähigkeit im Hinblick auf Voraussicht und Beherrschung der realen gesellschaftlichen Prozesse, deren Leitung dem Bürgertum auch in Augenblicken der härtesten Konfrontation niemals wirklich aus der Hand geglitten und zum Gegner übergegangen wäre, hinter sich.

Von daher jedenfalls haben wir es, um die Worte von Marchais zu benutzen, mit einem Europa der Arbeitgeber (Europe des patrons) zu tun. Nur muß man dabei berücksichtigen, daß die patrons, die aus dieser Bewährungsprobe hervorgegangen sind, im Vergleich zur ersten Hälfte der 50er Jahre ihre innere und äußere Strategie geändert haben. Auch sie selbst haben sich verändert. Es sind nicht mehr die patrons des Kalten Krieges, sondern die der Zeit von Entspannung und Koexistenz; ihre Konflikte sind von einem durch die neuen Beziehungen zwischen den großen Mächten anders als in den 50er Jahren definierten Bezugsrahmen geprägt. Ihr Europa ist jedenfalls nicht mehr jenes hartnäckig atlantische, welches im politischen Spektrum eher „Mitte-rechts“ angesiedelt ist. Im Maße, wie sich die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, zwischen Europa und der Sowjetunion verändert haben, ist diese Bedeutung immer blasser und unwichtiger geworden. Im übrigen war es als erster de Gaulle, der diesen Bedeutungsinhalt verändert hat. De Gaulle demolierte, obwohl genügend englischen Isolationismus aufweisend und in atlantischer Treue mit allen Schritt haltend, den Traum der Zentristen von Mitte-rechts (La Malfa (1) hat diesen Traum niemals aufgegeben) nicht nur aufgrund der entschiedenen Weigerung Frankreichs, sich unter irgendeine supranationale Autorität zu begeben, und schon gar nicht unter eine deutsche Hegemonie, sondern weil er die Veränderung in den Ost-West-Beziehungen spürte (was Italien regelrecht entgangen ist, obwohl Italiens Regierungen gern die Ratifikationen von europäischen Verträgen vorwegnahmen).

Das Europa von heute ist jedenfalls nicht mehr eine Festung der „Freien Welt“, wie sie die Linken bekämpft haben, und zwar deshalb nicht, weil die Vereinigten Staaten nach der Niederlage in Vietnam und nach der Entstehung anderer Zentren in der Welt neben den USA ebenfalls aufgehört haben, eine solche Festung zu sein. Dies heißt natürlich nicht, daß ein kapitalistisches Lager unter amerikanischer Hegemonie zu existieren aufgehört hätte; dies heißt nur, daß es sich in anderer Weise darstellt und zusammenhält. Auch in seinen internen Strukturen wiegen jetzt die Beziehungen auf der Grundlage ökonomischer Macht mehr als jene der Ideologien und der militärischen Gewalt. Dies heißt nicht, daß Europa zu einer dritten Zone zwischen amerikanischem Imperialismus und Sowjetblock geworden wäre. Das heißt nur, daß es ein hoch integriertes kapitalistisches Gebiet geworden ist mit einem hohen Grad von Abhängigkeit und Konkurrenz von bzw. mit den Vereinigten Staaten. Die Rangfolge der Momente dieser Widersprüchlichkeit, die „reale Besonderheit“ Europas, wird gut durch Potenz und Impotenz (ökonomische Potenz, aber relative militärische Impotenz) desjenigen Staates Europas, der in ihm die Hegemonie ausübt, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, symbolisiert.

In diesem besonderen und exponierten Bereich des kapitalistischen Weltmarktes gilt ein System besonderer innerer Abhängigkeiten: In Bezug auf den deutschen Part ist jede andere nationale Realität nur zweitrangig. Dies gilt vor allem für den Wert, den die Beziehung zwischen seiner ökonomischen Kapazität und seiner politisch-strategischen Beschränktheit hat. Italien hat demgegenüber ein nachgerade bizarres Verhältnis zwischen der Schwäche seiner wirtschaftlichen Struktur und dem immer noch starken Gewicht seiner Linken. Im Wesen ist dies das exakte Gegenteil zur Bundesrepublik. Bis vor wenigen Jahren war dies noch eine verrückte Angelegenheit, in keiner Weise kontrollierbar, heute jedoch umso weniger gefährlich.

3. Dies ist ein wenig summarisch zusammengefaßt der Rahmen, in dem die italienischen Linken behaupten, große Möglichkeiten der Bewegung sehen zu können. Keine der politischen oder gewerkschaftlichen Kräfte, die die Linke bilden – und die meinen, die antieuropäischen Formeln der kommunistischen Partei Frankreichs überwunden zu haben – hat bis heute einen Grund dafür angegeben, mit dem die eigene antieuropäische Vergangenheit erklärt werden könnte. Ist sie ein Irrtum gewesen und, wenn ja, worin bestand dieser Irrtum: in der Analyse, in der politischen Zielsetzung? Und wenn nicht, welches ist der Beweggrund für eine Wandlung der Einschätzung von so radikaler Bedeutung?

Die Antworten wären nicht aus Gründen der Geschichtsinterpretation interessant, sondern um die Gegenwart zu begreifen. Sie könnten nämlich nützlich dafür sein, die Zielsetzungen einer Alternative oder eines dritten Weges genauer zu bestimmen, die die italienischen Sozialisten und Kommunisten auf der europäischen Ebene zu verfolgen behaupten. Wenn es ein Irrtum gewesen ist, sich gegen die Formen der ökonomischen und politischen Integration zu schlagen, dann muß auch gefragt werden, in welchem Sinne die europäische Integration in bezug auf die nationalen Bedingungen eine antikapitalistische Alternative oder auch nur embryonale

Formen von Übergangsprozessen erleichtern würde? Man muß sich im Lichte der 60er Jahre fragen, innerhalb welcher Grenzen sich das heutige europäische Kräfteverhältnis bewegt, das sicherlich noch keine Alternative oder noch nicht einmal eine Politik in Richtung eines reformistischen Gleichgewichts – wie dies von Ruffolo immer denunziert worden ist (2) – erlaubt. Dieses Kräfteverhältnis erhält noch durch die Zwänge der Krise größeres Gewicht, die die Möglichkeiten nationaler Planungseinrichtungen wirksam einschränken. Und umgekehrt – wenn man zu dem anderen Part der gesellschaftlichen Dialektik schaut – ist doch zu fragen, welche „materiellen Bedingungen“ in der Arbeiterbewegung Ausdruck finden, welche Subjekte und welche Bedürfnisse sie als die tragenden Bedingungen und Etappen oder Momente einer Alternative, sogar eines Übergangs, formuliert und artikuliert hat. Schließlich hat sich diese Arbeiterbewegung auch im Kampf gegen Europa gebildet und wenn sie heute nicht glückliche Frucht eines Irrtums sein soll (eine Schlußfolgerung, die mehr als seltsam klingen würde), dann müssen gerade diese Fragen gestellt werden.

Mittlerweile kann man den Weg des herrschenden Blocks als Resultante des Gegensatzes zwischen nationalen Kapitalen und multinationalem Kapitalismus beschreiben, der sich immer wieder selbst erzeugt und sich immer wieder zurückbildet. Mittlerweile sind auch die politischen Konstanten sichtbar, auf die immer wieder der Klassengegensatz hin tendiert (Zentrismus oder eine Art von linker Mitte). Demgegenüber ist der „historische Block“ der Alternative oder des dritten Weges in Europa noch gar nicht zusammengefaßt, er hat noch keine endgültige Struktur und Zusammensetzung gefunden. So kommt es, daß kein Teil dieses ‚historischen Blocks‘ sich als Teil eines Ganzen betrachtet und die anderen als Ergänzungen von sich selbst, wenn nicht in den oberflächlichen und propagandistischen Sprachformeln der politischen Spitzen der Sozialisten oder Eurokommunisten. Daraus resultiert die Tatsache, daß die entwickelte Konfliktfähigkeit nicht nur der Arbeiterklasse in Europa niemals Prozessen Raum gegeben hat, mit denen den Grundlinien der europäischen Integration hätte entgegengewirkt oder mit denen sie hätten modifiziert werden können. Ausnahmen hat es nur bei akuten Streitfällen gegeben, die aber von Mal zu Mal lokalisiert und partialisiert geblieben sind. Das Schicksal der Arbeiterbewegung ist es daher, als eine Art Korrektiv zu fungieren, in einer Stellung der Subalternität zu verbleiben. Dies deshalb, weil eine realistische Perspektive, die Macht zu gebrauchen, fehlt und entweder ein Stillstand eintritt oder man Formen der Mitbestimmung in einem Projekt und unter Zielvorstellungen vorschlägt, die von anderen entwickelt worden sind, auch wenn es, wie in manchen Augenblicken der 60er und 70er Jahre, der Bewegung gelingt, den gegnerischen Block zu durchbrechen.

Aber auch bei Betrachtung der Lohn- und Gehaltsauseinandersetzungen ist die Zersplitterung der Arbeiterbewegung überraschend. In Europa ist die Konfliktfähigkeit der Arbeiterklasse nicht nur nicht erloschen, sondern sie erhebt sich selbst in so offensichtlich „müden“ Phasen wie 1978, zumindest, wenn man darangeht, die Stundenzahl der Streiks zu zählen. Und dennoch haben diese Kämpfe noch nicht einmal für die Gewerkschaften sichtbare Auswirkungen gehabt, wenn man dies einmal in einem Jahr der Niederlagen der politischen Organisationen der Linken überprüft. Die europäischen Organisationen der Arbeiter sind von der Tradition, der

Kultur, der Organisationsform, den Kampfmethoden, den Kriterien ihrer Verhandlungsführung her gespalten. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Fall der Stahlindustrie. Hier haben wir es mit einer krisengeschüttelten Branche zu tun, die ein Ergebnis der Wettbewerbsfähigkeit anderer Produktionszentren und der Rezession in Europa, insbesondere im Sektor des Wohnungsbaus, ist. Das Problem des „Stahls“ wird explizit auf europäischer Ebene von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufgegriffen. Gemeinschaftlich ist dann auch die Entscheidung, die Produktionszentren an die Peripherie zu verlegen, wo die Lohnkosten am niedrigsten sind. Dennoch schlägt sich die italienische Arbeiterklasse in Gioia Tauro (und holt relativ wenig heraus) (3), die westdeutsche Arbeiterklasse mit 35 000 Entlassungen und die französische mit weiteren 27 000 zu verschiedenen Zeiten, politisch von der herrschenden Klasse herausgefordert und ihren Entscheidungen hinterherlaufend, ohne irgendeine Koordinierung der Kämpfe. Die protestierenden Arbeiter von Longwy und Denain, in der Tradition jener alten französischen Arbeiterklasse, die daran geht, die Niederlassungen der Arbeitgeber in ihren Bezirken zu demolieren, werden auch das Genick der „Bresciani“ (4) brechen, die Rohr Stahl und Langstücke zu konkurrenzfähigen Preisen produzieren. Und in dieser Situation haben die Gewerkschaften nicht versucht, eine gemeinsame Plattform der Umstrukturierung und für die Ausarbeitung von Sozialplänen zu erarbeiten. In Italien ist Stille eingekehrt, in Deutschland hat eine gemeinsame Verhandlungsaktion von Arbeitgebern, Regierung und Gewerkschaften dafür gesorgt, daß die 35 000 nach Hause geschickt worden sind, sofern es sich dabei um Arbeitsimmigranten handelte, oder in immer noch blühende Wirtschaftszweige umgesetzt worden sind, sofern es sich dabei um Deutsche handelte. In Frankreich ist man auf Paris marschiert, ohne daß die beiden zuständigen Gewerkschaftszentralen einen Generalstreik ausgerufen hätten und ohne daß in Italien die Metallarbeitergewerkschaft die Arbeit auch nur für 15 Minuten unterbrochen hätte.

Dies ist nicht alles. Angesichts einer politischen Strategie der Verlagerung der Investitionen in der Stahlindustrie in Länder außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, also auf Märkte, wo die Arbeit wenig kostet, wo man mit einem Schlag höhere Profite realisieren und eine Entlastung des inneren Marktes und neue Formen neokolonialer Herrschaft erreichen kann, findet man nicht eine einzige globale Positionsbestimmung, weder von seiten der Gewerkschaft noch von seiten der Linken in Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg oder Deutschland. Es ist unnötig daran zu erinnern, daß das gleiche auf die armen Landwirtschaften bzw. die armen Sektoren der Landwirtschaft zutrifft, wo die primitivsten Nationalismen aufgebrochen sind (französische Weinbauern gegen italienische Weinbauern), und wo sich in der Regel die Linke in dem Dilemma befindet, ob sie sie aufgeben oder sich auf ihr unmittelbares Gebiet verlagern soll. De facto wird auf diese Weise die politische Vermittlung an die Behörden der Gemeinschaft delegiert.

Es dürfte schwer fallen, diese Zersplitterung einem bloßen Zurückbleiben oder fehlender Koordinierung zuzuschreiben. Warum bleibt man zurück? Warum wird nicht koordiniert? Sicherlich nicht wegen Störungen im Funktionsmechanismus oder aus zufälligem Versehen oder infolge von Provinzialismus, der leicht zu-

rückzuschrauben wäre. Eine Antwort kann wahrscheinlich in der Schwierigkeit von Gewerkschaft und politischer Partei gesucht werden, ihre Funktionsweise unterschiedlichen historischen Momenten und daher auch neuen sozialen Prozessen anzupassen, die sich von jenen, die mit dem Kapitalismus der Manufakturperiode geboren sind, und von den Formen des Staates der Jahrhundertwende unterscheiden. Man kann sich nicht vor der Feststellung drücken, daß Klassenparteien und Klassengewerkschaften in ihrer Struktur und Kultur (etwas, das jenseits der Verbesserung von Lebensstandard und politischen Forderungen wichtig ist) auf der einen Seite von der neuen Physiognomie und Zusammensetzung in Frage gestellt werden, die inzwischen der angenommen hat, den man den neuen Lohnabhängigen nennen könnte – den Arbeiter mit hohem kulturellen und intellektuellen Anspruch, ohne eine diesen Ansprüchen adäquate Arbeit –, und auf der anderen Seite von der neuen Physiognomie, die die herrschende Klasse angenommen hat. Denn auch sie ist in ihrer „materiellen“ Zusammensetzung und in ihren politischen Figuren von derjenigen der Vergangenheit verschieden. Es ist nicht zufällig, daß dieser Verschleiß am ehesten in Europa sichtbar ist, wo Partei und Gewerkschaften viel mehr mit einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch aufzutreten sind als in Ländern mit geringerer Kampferfahrung und Kampfbereitschaft. Auch haben sich die Prozesse der Veränderung und der Bewußtwerdung von Kapital und Arbeit gleicherweise beschleunigt abgespielt und ergänzen sich somit. Die europäische Integration scheint alles in allem ein neuer Prüfstein für die historischen Formen der Arbeiterbewegung zu sein. Deren Schwierigkeiten erfährt sie nun, sei es im Hinblick auf ihre Legitimationsgrundlagen und ihre Repräsentanten, sei es im Hinblick auf die einzelnen Bestandteile des „historischen Blocks der europäischen Revolution“, oder im Hinblick auf eine wirksame Gegenposition zum „historischen Block des europäischen Kapitals“.

Ich glaube, daß aus dieser Wurzel die Zersplitterung der Linken in Europa herrührt. Ein Jahrhundert nach dem Appell „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ finden wir als Ergebnis eine stärker gewachsene Einheit der Arbeitgeber im Vergleich zu derjenigen der Ausgebeuteten vor. Gerade auf dem Kontinent, wo die Fortschrittlichkeit der Arbeiterbewegung fester verwurzelt und verbreiteter als irgendwo sonst ist, ist auch ihre Parzellierung in nationale Einheiten (und manchmal noch nicht einmal nationale Einheiten) viel stärker ausgeprägt. In jeder Hinsicht wirft sie den Arbeiter oder die Fabrik auf einen Konflikt zurück, in dem der Kollege an seiner Seite diesen nicht mehr als seinen Kampf sieht, während der Gegner sich immer mehr ausbreitet und immer weniger persönlich faßbar ist. Bei dieser veränderten Konstellation und unter dem Anstoß realer gesellschaftlicher Prozesse haben die klassischen Formen von Bewußtsein und Organisation der Arbeiterbewegung ihre sozialisierende Funktion immer mehr verloren und fassen die notwendigen Gegebenheiten für die Konstitution zum „Proletariat der ganzen Welt“ immer weniger zusammen. Sie sind immer weniger über die Dimensionen des „Klassenfeindes“, dessen ökonomisch bürokratische Integration ihm ein „Mehr“ von Dunkelheit und Abstraktion verleiht, klar.

Und die Gewerkschaften und Parteien sollten sich dessen nicht bewußt sein? Daran zweifle ich. Sie sind es, aber sie übertragen jenes „Mehr“ auf die politische

Dimension. Jenes „Mehr“ wird nicht auf den Klassenkampf bezogen, sondern auf die Ebene von Gegensätzen und ihrer Vermittlung in der staatlichen Sphäre sowohl auf nationaler als auch auf supranationaler Ebene gehoben. Der Kampf ist entweder direkt und unmittelbar lokal (noch einmal lehrt dies der Fall der Stahlindustrie) oder er wird an die politischen Entscheidungsinstanzen delegiert, wo der Arbeiter als Subjekt nicht mehr interveniert, allerhöchstens besetzt er sie mit seinem Protest. So ist es fruchtbarer, den Ursprung der fehlenden Positionsbestimmung von Gewerkschaften und Parteien darin zu suchen, daß in Richtung eines Einigungsversuches in Europa spekuliert wird, der in der Verschiebung der Ebenen besteht und den die Krise ihrer direkten Beziehung der Vertretungsorgane herbeiführt. Angesichts der europäischen Integration hat man sich zuerst nur national herumgeschlagen und heute, nachdem man das Scheitern erkannt hat, denkt man lediglich an eine strikt politische Aktion, die von einem jeden je nach seinen internen Machtverhältnissen auf der Ebene der institutionellen Vermittlung der Gemeinschaft geführt wird.

So kommt es, daß weder der TUC noch die CGT noch die CGIL noch die CFDT usw. sich die Frage stellen, wie man die Kraft der europäischen Arbeit vereinigt und vereint, wie sich gemeinsam der neue Lohnarbeiter und der neue proletarische Block zu definieren vermögen. Weder PCF noch PCI oder PCE schlagen ein gemeinsames Aktionsprogramm vor, bevor sie ein solches mit den Sozialisten ausgehandelt haben. Jede dieser Organisationen hält die Zielsetzung einer globalen Verhandlungsführung der Arbeitskraft noch für zu vereinfacht oder die Zielsetzung einer Koordinierung der revolutionären Proletarier und ihrer Verbündeten für nicht zeitgemäß ... Es genügt, diese Formeln als klassische zu denunzieren, um diese Ziele in die Ferne zu rücken.

In die Ferne gerückt wegen einer engeren Verbundenheit mit den Bedingungen des Klassenkampfes in den eigenen Ländern, um diese durch komplexere Formen der Aktion auf die europäische Ebene zu projizieren? Es scheint mir nicht so zu sein. Und im übrigen scheint es illusorisch zu sein, von Parteien wie den Eurokommunisten, die in diesen Jahren ihre nationalen Strategien scheitern gesehen haben, eine kontinentale Strategie zu erwarten: In Frankreich ist das gemeinsame Regierungsprogramm gefallen und mit ihm die Regierung der Linken; in Spanien hat das Moncloa-Abkommen der PCE nichts genutzt; in Italien muß die PCI die These vom „historischen Kompromiß“ neu formulieren, nachdem sie aus dem ersten Versuch, an der Regierung teilzuhaben, mit einer Niederlage herausgegangen ist. So paaren sich die Verschiedenheiten zwischen der einen und der anderen Partei im Hinblick auf Europa weniger aufgrund des Ergebnisses unterschiedlicher Zielentwürfe, als aufgrund einer Neueinschätzung der Machtverhältnisse im eigenen Land und in der Versammlung in Straßburg. In den kommunistischen Parteien reflektieren die Wärme der Italiener, der Furor der Franzosen, die Lauheit der Spanier exakt die Machtverhältnisse im Hinblick auf die sozialistischen Parteien. In den sozialistischen Partei ist der Europäismus allgemein, aber die unterschiedliche, nicht nur politische, sondern materiell begründete Positionsbestimmung der italienischen oder französischen oder englischen sozialistischen Parteien in Bezug auf die deutsche Sozialdemokratie bringt nur mehrdeutige Ebenen der Einheit hervor.

Im übrigen ist es auch wenig vernünftig daran zu denken, daß ein „historischer Block“ auf europäischer Ebene, sofern er als Strategie der Linken überhaupt ausgearbeitet wird, in den Institutionen der Gemeinschaft ein Terrain, ich sage nicht des Bedeutungszuwachses der Linken, sondern ihrer Ausdrucksmöglichkeit, finden würde. Institutionell betrachtet ist dieses Europa ein autoritäres Monstrum. Rat, Kommissionen und Parlament leiten ihre Legitimation aus verschiedenen Quellen her. Sie sind dazu bestimmt, zwischen Versammlung und Exekutivbehörden (der Rat wird von den direkt durch die Regierung Beauftragten gebildet, die Kommissionen werden von den mächtigen Regierungen wegen ihrer relativen Macht im Rat bestimmt, im Rat wiederum die Repräsentanten der großen Interessengruppen) ein gemeinsames Vorgehen zu verhindern. Die Versammlung wird keine normativen Befugnisse haben, sie wird keine verbindlichen Meinungen abgeben, sie wird umso mehr über ihren eigenen Haushalt entscheiden und einige zusätzliche Meter im „droit de regard“ über den realen Haushalt der Kommissionen erobern, über jene, die über die Finanzierungen und Anleihen entscheiden. Die Versammlung, so kann man beobachten, kann die Kommissionen reduzieren: ja, aber mit einer Zweidrittelmehrheit, d.h. unter politischen Bedingungen, die de facto mit dem Willen des Rates zusammenfallen, der allerdings auf einer Ebene unterhalb der Versammlung bereits die Macht zur Nominierung von Vertretern und ihrer Absetzung hat! Es ist genauso vernünftig vorauszusagen, die Versammlung würde von diesem Recht Gebrauch machen, wie zu sagen, daß ihre 410 Mitglieder in einer Art jakobinischem Akt sich erheben würden, um sich als europäische konstituierende Versammlung zu proklamieren und mit einem Staatsstreich die neuen Regierungen umzustürzen.

Und diese Überlegung wird auch dann nicht falsch, wenn man von der juristischen Seite der europäischen Machtverhältnisse zu ihrer politischen Physiognomie übergeht. In die Versammlung von Straßburg wird am 10. Juni die Gruppe der Sozialisten mit einer relativen Mehrheit einziehen, gefolgt von jener der Christdemokraten, dann den Liberalen, schließlich Verschiedenen und an fünfter Stelle werden die Kommunisten stehen, die die 2. oder 3. Partei in Lateineuropa sind. Es wäre interessant, sich nach dem „Warum“ dieser rigiden Parteiteilung in einer multinationalen Versammlung und in einer Epoche so herber Kritik an den Ideologien, ohne welche eine Partei nicht konzipierbar ist, zu fragen. Eine europäische Versammlung hätte die Karten neu mischen müssen. Man hätte daran denken müssen, daß die Exekutivorgane der Gemeinschaft, die bis dahin den Kurs des Schiffes bestimmt hatten, die Kanäle der Parteien flüssiger hätten halten können, sozusagen als Strukturen, wo die möglichen nationalen Widerstände aufgelöst werden könnten. Dies umso mehr, als der politische Rahmen, der in der Versammlung vertreten ist, d.h. die Beinahe-Parität von Sozialisten und Christdemokraten, mit den Liberalen in dritter Position, im wesentlichen den politischen Rahmen respektiert, wie er seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland vorherrscht.

Auch wenn ein europäisches Parlament, das nicht entscheidet, wenig zählt, verschiebt es doch gewiß die politische Vorstellung, die beispielsweise in Italien von ihm ausgeht, stark nach rechts, verglichen mit der politischen Achse in Italien. Die Kommunisten werden dort mit ungefähr 7 Prozent vertreten sein, wenn man die

Projektionen der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse einschätzt. Und die Sozialisten werden demgegenüber sehr stark sein (5). Auf ihnen werden in Italien die ideologische Bedeutung und die Klasseninteressen der großen deutschen Sozialdemokratie lasten. Wo werden dann die Vermittler der „Alternative“ oder des „dritten Weges“ noch sein?

4. Wenn dies in groben Zügen der Rahmen ist, dann dürfte das Illusorische eines europäischen Raumes als dem vorzuziehenden Ort der Errichtung des „dritten Modells“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen amerikanischem und sowjetischem Imperium offensichtlich sein. Die Kommandohebel der Gemeinschaft sowohl in ihren Institutionen wie in den politischen Mehrheiten antworten heute – sehr viel ausdrücklicher als in einigen Nationalstaaten wie Italien – auf die Anstöße der herrschenden Kräfte in Frankreich und in Deutschland. Ihre vorherrschende und mächtigste politische Linie ist heute der Liberalismus, die Zurückweisung von Planung und Programmierung und ihre Ersetzung durch die multinationale Integration des kapitalistischen Interventionismus. Den Nationalstaaten ist lediglich das Problem geblieben – und dies ist ihnen von der multinationalen Ebene aufgeladen worden –, die politisch-gesellschaftliche Vermittlung mit den betroffenen Schichten zu leisten. Und da ja die tragenden Kräfte in Deutschland und Frankreich mit den Vereinigten Staaten in einer Konkurrenzbeziehung einerseits und einer Abhängigkeitsbeziehung andererseits stehen, allerdings bei vielfältigen Überschneidungen (demgegenüber ist die 4. Macht Japan mehr „national“), ist der Bereich für die Inangriffnahme von Übergangsprozessen oder auch nur von produktiven Entwicklungen, die technologisch unabhängig von den Imperialismen sind, sehr begrenzt. Für eine Unterstützung der unterentwickelten Bereiche innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft können sie nicht fungieren. So wird von ihnen auch keine Wende – bevor sie noch zur Hypothese wird – der gegenwärtigen politischen Machtbeziehungen unter den neun Mitgliedsländern ausgehen.

Man müßte meinen, daß die italienische Linke dies weiß. Ihr Europäismus jedenfalls muß realistischere Wurzeln auf anderen Gebieten und in anderen Perspektiven haben. Hypothetisch könnte man formulieren, daß sie an eine mögliche Entwicklung in zwei Richtungen denken könnte: eine Richtung verweist auf die Erhaltung des spezifischen Modells eines demokratischen Staates. Für lange Zeit haben die Linken gefürchtet, dies sei in Gefahr und man könne es dadurch erhalten, daß Europa es durch einen rigiden parlamentarischen Kompromiß zwischen den 9 oder 12 Staaten konsolidieren würde; insgesamt läuft dies – um eine Formulierung der inzwischen gestorbenen Internationale zu benutzen –, auf die nicht mehr zurückzunehmende Vollendung der „bürgerlichen demokratischen Revolution“ hinaus. Die italienische Linke kann in Europa eine Garantie gegen die alten faschistischen Kräfte, für die Stärkung der jungen Demokratie (die auf der Warteliste Europas stehen, nämlich Spanien, Portugal und Griechenland) und vielleicht für einige Kontrollmöglichkeiten gegenüber den gefährlichsten Tendenzen des deutschen Staates, der sie gleichzeitig erschreckt und fasziniert, sehen. Daß wir in dieser Vorstellung

von einer Problematik neuer Beziehungen zwischen Masse und Staat oder eines dritten Weges weit entfernt sind, ist nutzlos noch einmal zu unterstreichen. Im übrigen wird die wirkliche politische Entwicklung dieses Europa die Linken sehr bald mit der Nase auf das Problem des „neuen“ autoritären Staates, der ein Produkt der Krise des Interventionsstaates ist, stoßen.

Die zweite Arbeitshypothese ist viel ambitionierter und zieht die mögliche Rolle eines geeinten Europa um Deutschland herum in Betracht, das wiederum unter Führung der Sowjetunion und ihres Lagers steht. Der Angelpunkt dieser Operation bleibt die Vereinigung der beiden Deutschland, woran mit Hartnäckigkeit und auf lange Sicht ein Teil der deutschen Sozialdemokratie arbeitet, und worauf manche Zeichen von seiten des Ostblocks zu antworten beginnen, der ein neues Interesse in einer Vorzugsbeziehung mit Europa sieht – auf dem Hintergrund der sich neu gestaltenden Beziehungen mit China und den Vereinigten Staaten. In Berlin bleibt die Mauer, aber zwischen den beiden Deutschland fallen die Zollmauern. Das ganze internationale Verfahren ist noch offen, aber die DDR funktioniert diskret als Scharnier zwischen COMECON und Gemeinsamen Markt. Die sowjetische Diplomatie paßt sich dem an. Die Verwickeltheit des Problems besteht in der Tatsache, daß eine Vereinigung Deutschlands seine Neutralisierung mit sich bringen müßte, und dies würde starke wechselseitige Garantien zwischen beiden Lagern erfordern, auch für die Konsequenzen, die dies im ganzen System des Ostens haben würde. Dies ist keine Angelegenheit von morgen, aber es ist verständlich, daß einige kommunistische Parteien, wie die italienische, in der SPD auf diesem Gebiet einen höchstinteressanten Verhandlungspartner sehen, den man in Straßburg erwartet. Sicherlich erscheint er noch interessanter als die Vertretung der französischen Kommunisten, die sich mit diesem Problem nicht beschäftigen oder es kaum in den Blick bekommen werden.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, den Umfang dieses Dossiers anzudeuten, das noch vom Zweiten Weltkrieg herkommt und das nicht zufällig gerade heute bei der neuen Ordnung der Kräfte im Vergleich zu jener, die aus den Blockbeziehungen von 1945 resultiert, geöffnet werden kann. Wenn sich in der Welt mehrere Zentren herausbilden, dann ist die Macht Europa jene, die in ihrem Inneren den schwierigsten Ausgleich von Interessen herzustellen hat. Es ist möglich, daß die italienischen Linken hier das wirkliche Terrain einer Ausübung von politischem Druck sehen, der dazu bestimmt sein könnte, ihre eigenen Macht- und Vertretungsverhältnisse im Inland zu modifizieren. Dies zeigt aber eher den definitiven Übergang auf ein Gebiet, wo die Klassenverhältnisse relativ unwichtig geworden sind. Das Sagen werden dann die politischen Vermittlungsinstanzen zwischen den großen Mächten haben, und die Massen sind dazu bestimmt, diese mit abgewogenen und konzertierten Meinungsbelegungen zu begleiten. Man wird abwarten müssen, ob dieser Gang der Entwicklung mit den realen Prozessen und Bewegungen in der Gesellschaft übereinstimmt und wo neue politische Ausdrucksformen der gesellschaftlichen Entwicklung gesucht und gefunden werden. Europa beschleunigt die Veränderung der politischen Formen – jene der Linken eingeschlossen.

Anmerkungen

- 1 Ugo La Malfa war bis zu seinem Tod im März dieses Jahres Führer der kleinen, aber im Parteiensystem wichtigen Republikanischen Partei. Er gehörte zu denjenigen politischen Figuren Italiens, die seit der Resistenza das politische Leben stark beeinflusst haben. Seine Bedeutung kommt auch darin zum Ausdruck, daß er nach der langandauernden Regierungskrise seit Januar dieses Jahres vom Staatspräsidenten Pertini mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Italiens als Nicht-Christdemokrat.
- 2 Giorgio Ruffolo ist ein bekannter Wirtschaftstheoretiker, gleichzeitig führendes Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens. Während der Mitte-Links-Regierungen der 60er Jahre war Ruffolo an der Ausarbeitung der Reformpläne und der Programmierung beteiligt.
- 3 Gioia Tauro sollte das neue Stahlzentrum Italiens in Kalabrien werden, mit der definierten Aufgabe, den Stahlmarkt des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens zu beliefern und gleichzeitig im unterentwickelten Süden Italiens einen Industrialisierungsanstoß zu geben. Die Pläne hatten aber nicht die Welt-Stahlkrise einkalkuliert, so daß heute Gioia Tauro stark überdimensioniert erscheint und eher den traditionellen Stahlzentren Italiens (in Neapel und Piombino) Konkurrenz macht als auf einem nicht mehr expandierenden Markt höhere Anteile für die italienische Stahlindustrie insgesamt zu erobern. Inzwischen ist denn auch der Ausbau von Gioia Tauro teilweise eingestellt worden.
- 4 „Bresciani“ sind italienische Billigstahlproduzenten, die Stahl vor allem auf Schrottbasis produzieren können und daher auf dem Markt für Baustähle in der EWG billiger als andere Stahlproduzenten anbieten konnten – bis ihnen durch die EG-Stahlmarktregelung das Unterbieten des EG-geregelten Preises verboten wurde. „Bresciani“ heißen sie wegen der Konzentration dieser Stahlindustrie im Raume von Brescia in Norditalien. (Vgl. dazu auch den Artikel von Klaus Busch in diesem Heft.)
- 5 Das Manuskript wurde vor den Wahlen zum Europäischen Parlament abgeschlossen. Die tatsächliche Sitzverteilung nach den Wahlen entspricht aber in einem hohen Maße der von Rossana Rossanda vorausgesagten: Die Sozialisten/Sozialdemokraten erhielten 112, die Christdemokraten 105, die Konservativen 63, die Liberalen und Demokraten 41, die Kommunisten 44, die Gaullisten 21 und Sonstige 24 Sitze (nach Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7/1979, S. 770).